

Europa Aktuell 6/2017

Bürgerstammtisch Europa – holen Sie die Zukunftsdiskussion in Ihre Gemeinde!

Vor gut einem Monat hob das Bürgerforum Europa, unterstützt von Gemeindebund und Städtebund, die Aktion *Bürgerstammtisch Europa* aus der Taufe. Dabei geht es darum, die Auseinandersetzung mit Europa in die Gemeinden zu bringen und im Rahmen von Bürgerstammtischen darüber zu diskutieren, wie Europa in Zukunft aussehen soll.

Die Initiative für einen derartigen Stammtisch muss aus der Gemeinde kommen. Bürgermeister oder (EU-)Gemeinderäte sollten die Motoren vor Ort sein, geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und den Stammtisch bewerben.

Das [Bürgerforum Europa](#) organisiert Informationsmaterial und einen Experten, der mit den Bürgern über aktuelle Entwicklungen und zukünftige Herausforderungen der EU diskutiert. Bei einer der ersten Veranstaltungen, die in Gmunden stattfand, war dies der profilierte EU-Abgeordnete Othmar Karas. Es können aber auch Europarechtler, EU-Beamte oder AdR-Mitglieder sein, wichtig ist die Diskussion auf Augenhöhe.

Die Diskussionsergebnisse werden vom Bürgerforum Europa gesammelt, aufbereitet und in einen Aktionsplan für die Österreichische EU-Ratspräsidentschaft im Herbst 2018 eingearbeitet.

Auf der interaktiven Karte des Bürgerforums Europa sieht man die bereits in Planung befindlichen Bürgerstammtische. Interessierte Gemeinden können sich ebenso wie potentielle Experten direkt via Homepage für einen Bürgerstammtisch anmelden.

<http://www.buergerforum-europa.eu/unsere-projekte/buergerstammtisch/>

Europe in my region – wo sind die österreichischen Projekte?

Die EU-Regionalpolitik sieht sich immer wieder in der Kritik, nicht nachvollziehbar und zu wenig transparent zu sein, obwohl Projekte dezentral umgesetzt werden. Gerade die Länder profitieren von dieser Budgetlinie, weshalb das Land Niederösterreich auch kürzlich einen Preis für seine gelungene Kampagne für den Fortbestand der Regionalförderungen nach 2020 gewann.

Es stellt sich nun allerdings die Frage, wieso sich aus Österreich nur Wien an der Aktion *Europe in my region* beteiligt. Die Generaldirektion Regionalpolitik will den Mai nutzen, um EU-geförderte Projekte als solche auch bekannt zu machen. Eine interaktive Karte zeigt, wo welche Institutionen und Einrichtungen wann ihre Tore für Besucher öffnen. In Österreich beteiligten sich 20 Wiener Projekte, Einträge aus den Bundesländern sucht man aber bisher vergeblich.

Neben den Projektbesichtigungen gibt es auch eine [Projektjagd](#), einen Foto- und einen [Blogwettbewerb](#). Am Ende winken Reisen in eine europäische Hauptstadt

(Projektsuche) bzw. nach Brüssel (Foto- und Blogwettbewerb). Die Teilnahmefrist für die Projektjagd endet am 14., jene für die Medienwettbewerbe am 27. Juni.

http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/communication/euinmyregion#events

Abfallwirtschaft: Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien

Die EU-Kommission erhebt Klage gegen Italien, weil nach wie vor 44 italienische Mülldeponien nicht den Vorgaben der EU-Deponierichtlinie entsprechen. Das Vertragsverletzungsverfahren wurde bereits im Juni 2015 eingeleitet, von den damals beanstandeten 50 Deponien wurden in der Zwischenzeit jedoch nur sechs geschlossen oder saniert.

Die Revision der Deponierichtlinie ist Teil des derzeit verhandelten EU-Kreislaufwirtschaftspakets. Demnach soll die Deponierung von Siedlungsabfällen bis 2030 drastisch zurückgefahren werden. Ein ambitioniertes Ziel, wenn man die aktuelle Lage betrachtet.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1283_de.htm

Staatliche Beihilfen: Höhere Schwellenwerte für Freizeitinfrastruktur

Die EU-Kommission legte Mitte Mai eine geänderte Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung vor. Darin geht es um Ausnahmen von der Mitteilungspflicht für staatliche Beihilfen. Denn grundsätzlich müssen öffentliche Beihilfen für private Unternehmen gemeldet werden, die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung regelt jedoch Ausnahmen und Schwellenwerte. Als Grundprinzip gilt, dass eine Beihilfe weder den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen noch zu Wettbewerbsverzerrungen führen darf.

Die aktuelle Revision umfasst Anpassungen für Regionalf Flughäfen, Häfen, Kultureinrichtungen, Sportinfrastruktur und multifunktionale Freizeiteinrichtungen. Letzteres ist auch für die kommunale Ebene von Bedeutung, hier wurden die Schwellenwerte auf ein Niveau angehoben, das von der österreichischen Durchschnittsgemeinde wohl kaum zu erreichen ist:

- Investitionsbeihilfen für Kultur/Erhaltung des kulturellen Erbes: 150 Mio. Euro/Projekt;
- Betriebsbeihilfen für Kultureinrichtungen: 75 Mio. Euro/Jahr;
- Investitionsbeihilfen für Sportinfrastruktur/multifunktionale Freizeiteinrichtungen: 30 Mio. Euro;
- Betriebsbeihilfen für Sportinfrastruktur: 2 Mio. Euro pro Infrastruktur/Jahr;

Die neue Verordnung tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft.

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/block.html